

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Oktober 1918

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 122

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Wirkheit: Wendelin Berlinger †. — Zum Frieden und zur Demokratie, V.

Steuerfragen: Steuerkorrektur.

Korrespondenzen: Berlin. — Berlin (M. S.). — Dresden. (Schr.). Solberg. — Würzburg.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungsrechte Beispiele. — Erhöhung der Vergütung für amtliche Behausungen. — Einschränkung des Streifenverkaufs der Zeitungen. — Gehelndruckerei für Lebensmittelfarben. — Handel mit gefüllten und gestohlenen Zuckerkarten. — Alles für die leibliche Nahrung — nichts für die geistige. — Zum Zusammenschluß im Schriftgießergewerbe. — Eine neue Schriftführung.

Wendelin Berlinger †

Wieder ist einer von unsern Veteranen zur großen Armes abgegangen; einer von jenen, auf die unsere Organisation mit Recht so stolz sein kann. Das älteste Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, ein Kollege, der, streng genommen, etwa 63 Jahre organisiert und fast 70 Jahre Buchdrucker war, ist in Mainz gestorben!

Am 10. Oktober starb in Mainz im 84. Lebensjahre nach kurzem Leiden, im Kreise seiner Familie, der Mitbegründer unserer Organisation und Nestor der alten Mitgliederfamilie Mainz: Wendelin Berlinger. Am 25. November 1834 in Mainz geboren; absolvierte er seine fünfjährige Lehrzeit in der Kupferbergischen Werkdruckerlei und trat als Neuausgelernter der Mainzer Invalidenkasse für Buchdrucker und Schriftgießer, dann dem 1863 gegründeten. Mittelrheinischen Buchdruckerverband folgend bei, an dessen Vorarbeit er regsten Anteil genommen, und mit diesem in die 1866 erfindende Zentralorganisation Deutscher Buchdruckerverband über.

Nach Konditionen in Darmstadt und Frankfurt a. M. kehrte er wieder nach Mainz in die Werkdruckerlei zurück, in der er bis zu seiner 1901 eintretenden Invalidität tätig war. In dem Neuaufbaukampfe 1891/92 war der Verstorbene der älteste unter den ausständigen Mainzer Gesellen, war Streikpostenkontrollleur und machte vom ersten bis zum letzten Tage diesen Kampf in allen seinen Phasen mit.

Berlinger gehörte schon in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Darmstadt und Frankfurt a. M. den dort bestehenden lokalen Klassen an und bekleidete von 1879 bis 1881 das Amt des Gauhallers vom Mittelrheingau, wiewohl er auch sonst die verschiedensten Funktionen verfab, deren Erledigung er mit der größten Gewissenhaftigkeit oblag.

Wie hat Berlinger ohne wirklich kräftigen Grund eine Veranlassung der Organisation verläumt; war bis ins hohe Alter ständiger Besucher der Versammlungen, daher geschätzt und geliebt von allen, die mit ihm in Berührung kamen. So ist es auch begreiflich, daß er 1899 unter Beteiligung aller Kollegen auf sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum, bereits 1913 auf eine fünfzigjährige Organisationszugehörigkeit zurückblicken konnte, was der Mitgliederfamilie Mainz Gelegenheit bot, denselben in einer dem schlichten Wesen des Verstorbenen entsprechenden Weise zu ehren.

Nicht mehr vergönnt war es ihm, den Frieden, den er ebenso heiß ersehnte, wie er den Krieg bitter haßte, zu erleben!

Mit Berlinger ist ein leuchtendes Beispiel freiest organisatorischer Pflichterfüllung und liebevollster Hingabe an die Sache der Organisation aus dem Leben geschieden. In Frieden ruhe er!

F. C.

Zum Frieden und zur Demokratie

V. Prinzenbrief, Reichskanzlerkrisis und Friedensausblicken.

Prinz Max von Baden, des schwankenden, zwiepsältigen Grafen Hertlings Nachfolger und achter Mann nun auf dem Reichskanzlerposten, hat mehr als mit seiner humanitären Gesinnung und Befähigung für die Kriegsgefangenen und andern den Volkleidenden und Opfern dieses Krieges zugewandten Fürsorgebestrebungen durch zwei Reden die Augen der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Was er sowohl am 17. Dezember 1917 als in seiner Rede zum badischen Verfassungsjubiläum vor den Landständen (22. August 1918) aussprach, war im allgemeinen und für eine fürsichtige Persönlichkeit im besondern so friedensverständlich, weltverstehend, völkerverehrend und innerpolitisch vorwärtsweisend, daß im geliebten Vaterlande des Halbabsolutismus und der alldeutsch-vaterlandsparteilichen Kriegsbegeisterung das Erschaun groß war, berechtigterweise auch groß sein mußte.

Die Hertlingkrise brachte dann den Prinzen Max, da niemand sich von der Lust überwältigt zeigte, ohne Badehofe auf einem Ameisenhaufen Platz zu nehmen, wie Schwabemantel in einer Wahlrede für Hugo Heimann zu Anfang dieser Woche über den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung sich so scharf illustrierend ausdrückte, in die Wilhelmstraße. Zwei Tage später, am 5. Oktober, erlebte die unfrohe Welt die hochbedeutsame, formreine und doch schmucklos schlichte, vor allem aber von ehelichem Volkstum durchzogene erste Reichstagsrede des neuen Reichskanzlers. Ihre Tendenz konnte von allen akzeptiert werden, die eines guten Willens sind. Deutschland dem Frieden und der Demokratie zuzuführen, der leider nicht allen Deutschen zu eigen ist oder der sich in einer Art und Form zeigt, daß man handgreiflich die schweren Steine sieht, die so der mit eilender Dringlichkeit notwendigen neuen Entwicklung in den Weg gerollt werden. Die neue Regierung, die freilich auch jetzt noch nicht zu abgeschlossener Bildung gelangt ist, konnte sich für objektiv urteilende Menschen schwerlich besser einführen und deutlicher kaum mehr zum Ausdruck bringen, daß für Deutschland mit dem Frieden auch eine neue Zeit kommen soll. Den Übergang vom Obrigkeitss zum Volksstaate haben allzu begeisterte Zeitungsrapporte aber doch zu schnell gekommen.

Die über die vielen Nummern der großen Redeoffensive vor Hertlings Fall weit hinausragende Einführung des Prinzen Max als Reichskanzler hat wohl in allen deutschen Bundesstaaten den Weg an die Plakatsäulen gefunden, was ein außerordentliches Ereignis war. Selbst ein so scharf abwägender Politiker wie Theodor Wolff zeigte sich im „Berliner Tageblatt“ begeistert von dem, was der neue Kanzler im Einvernehmen mit der auf parlamentarischen Vorschlag aufstehende gekommenen neuen Regierung inhaltlich der Welt und der deutschen Nation zu sagen hatte. Er sprach von dem Bedauern beim Zuhörer: „Warum haben wir uns nicht früher kennen gelernt?“ Auch im neutralen Auslande war der Eindruck der prinzipialen Reichskanzlerrede groß, und in den feindlichen Ländern so, daß deutlich die Verlegenheit sichtbar war, was einem solchen überraschend freimütigen Standpunkt eigentlich entgegengesetzt werden könnte.

Da kam über Nacht ein schwerer Raubreif. Im Auslande wurde ein Brief des Prinzen Max vom 12. Januar 1918 veröffentlicht, der an seinen Vetter Prinzen Alexander Hohenlohe, einem jetzt in der Schweiz lebenden Pazifisten, gerichtet ist, diesem gelöst war — ein gerade deutschen Diplomaten und Persönlichkeiten eignes Mißgeschick — und durch den im Augenblick abermals eine Kanzlerkrise heraufbeschworen wurde, nachdem die letztmalige um Hertling nicht viel mehr als vor Monatsfrist ausgebrochen war. Prinz Max hat danach die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli v. J. recht abfällig kritisiert und den westlichen Parlamentarismus gar nicht empfehlenswert für Deutschland gehalten. Das paßt in diese Situation wie die Faust aufs Auge. Dieser Brief zeigt sich mit der Kanzlerrede vom 5. Oktober auch um deswillen unvereinbar, weil darin gesagt war, „daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt bin“.

Die Kommentierung, die der zu sofortigem Rücktritt bereite Prinz Max zu diesem Briefe gab, wird dem strengen Richter kaum anders als ein Eieranz erschienen sein. Zu seinem Vorteile schlug es aber aus, daß derselbe gelacht werden muß, bei dem sich tatsächlich keinerlei Wandlung in der Beurteilung über die Friedensnotwendigkeit und die Kriegserfordernisse in den länger als vier Jahren vollzogen hat. Es macht das freilich noch einen Unterschied, was öffentlich gesprochen und privat geschrieben worden ist, wiewohl in solchen Dingen doch ein einheitlicher Standpunkt eingenommen werden müßte. Es hat sich eben schon so viel menschliche Schwäche und Unklarheit darüber offenbart, was das Richtige und Beste ist — selbst in den Reihen der Unabhängigen sitzen ja genug Umlerner in der Frage der Kriegskreditbewilligung, und in der Gewerkschaftsbewegung haben gar viele der Verwerfung der Tarifgemeinschaften volle Bekennung zu ihnen folgen lassen —, daß nicht unter allen Umständen der eine Mann für alle, die Irrmeinungen von sich geben, ans Kreuz geschlagen zu werden braucht. So bedauerlich an sich die Störung des guten Bildes von dem Prinzen Max genannt werden muß, ausschlaggebend ist, ob sein jetziges Programm Wert hat, und ob er mit aller Kraft es in die Tat umzusetzen gewillt und befähigt ist.

Die Mehrheitsparteien haben mit Ausnahme der Sozialdemokratie dem Reichskanzler die Wiedergutmachung seines Gebirgts ziemlich erleichtert. Im Reichstage selbst hat der Reichskanzler bisher (17. Oktober) noch keine Gelegenheit gehabt, durch eine zweite Rede den Eindruck der ersten zu vertiefen und den Prinzenbrief zu entwerfen. Es ist wirklich zu verlangen, daß die jetzt doch wohl parlamentarische Regierung sich dem Reichstage gegenüber nicht als gar zu vorsichtig wallende Kindergouvernante benimmt. Eine gewisse Abwartestimmung ist in betreff des Reichskanzlers nach dem Geschehenen aber gewiß berechtigt.

Die durch den Prinzenbrief heraufbeschworene Kanzlerkrise hat immerhin von der zweiten Hälfte der vorigen bis in die Mitte dieser Woche angehalten. Als letzte hat die sozialdemokratische Fraktion Abstand genommen, des Prinzenbriefes wegen jetzt einen Kanzlerwechsel zu fordern. Die gegenwärtige



Situation ist durch den auf Wilson von Frankreich, England und Italien ausgeübten Druck, der den großen Menschheitsverföhner nach seiner zweiten Antwortnote (14. Oktober) fast nicht mehr als Apostel des Friedens, sondern eher als Gewaltpolitiker erscheinen läßt, andererseits durch die sich von neuem sammelnden reaktionären Mächte in Deutschland und den sich in dem Verwaltungsapparat zeigenden Widerstand gegen das neue System derart ernst, daß es vor allem darauf ankommt, die demokratische Front bei uns zu stärken und die Friedensoffensive unbeirrt fortzusetzen. Prinz Max hat nun in anderer Weise noch dargelegt, wie er sich zur Friedenspolitik und zur innern Umordnung gestellt und daß er die Alldeutschen stets bekämpft hat.

Es kommt jetzt ungemein viel darauf an, den Mehrheitswillen des Reichstags zu erhalten für Frieden und Demokratie. Die plötzliche große Umschaltung bei uns, die kräftig fortgesetzt werden muß, hat unverkennbar Eindruck gemacht im Auslande. Die Schwedische und die dänische Sozialdemokratie sandten der deutschen Partei hochgestimmte Beglückwünschungen. In Holland ist man ohne weiteres zu einer günstigen Beurteilung der Dinge gelangt. Aus der französischen sozialdemokratische Parität hat die friedenswillige Minderheit an das Ruder gebracht. Aus der englischen Arbeiterschaft dringen vernünftiger Stimmen zu uns. Wenn nun noch eintritt —, und das muß geschehen! —, daß die französische wie die englische Arbeiterschaft von ihren Regierungen verlangen, mehr den wahren Willen des Volkes zu respektieren, also die den Deutschen gepredigte Demokratie vorbildlich im eignen Lande gelten zu lassen, dann werden und müssen sich die im Augenblicke gesunkenen Friedensaktien wieder heben und vollwertig bleiben. Die Moral wie die Logik werden den Regierenden, die mit Recht den unhaltbaren Frieden von Brest-Litowsk verabscheuen, es unmöglich machen, Deutschland gegenüber eine gleich verurteilenswerte oder noch schlimmere Rolle zu spielen!

□ □ □ □ Steuerfragen □ □ □ □

Steuerkorrektur.

Die Neuorientierung in der Verfassungspolitik gibt den Gewerkschaften recht dankenswerte, aber auch äußerst notwendige Aufgaben. In erster Reihe muß die Einkommensteuer einer sehr gründlichen Revision von unten aus unterzogen werden. In voller Ruhe und ohne Leidenschaft kann in der Gewerkschaftspressen eine jedem gerechte Steuerlast ausgerechnet werden. Dieses Material könnte dem Parlament zur nochmaligen Überprüfung und dann zur Gesetzgebung überreicht werden.

Alle Sonderrechte — ohne jede Ausnahme — müssen fallen! Es ist ein Antikum des Rechtes, wenn lauer erstickte Steuerzulagen der sogenannten breiten Masse der Besteuerung unterliegen, hingegen sehr große Steuerzulagen höherer Beamter, die weit über 10000 Mark Einkommen beziehen, steuerfrei bleiben.

Die jetzt bestehende Steuer ist eine Schwäche der Regierung und die Folge von dem freien Spiel der unmoralischen Kapitalkräfte. Die Besteuerung der Steuerzulagen ist an und für sich unter diesen Umständen ein Übel. Die Steuerzulagen, die, nebenbei gesagt, noch immer sehr unzureichend sind, empfängt man, um sie augenblicklich für die allerunbedingtesten Nahrungsmittel dem Kaufmann, Händler usw. weiterzugeben.

Das gefeherliche Prinzip, der besseren Rechnung wegen und infolge des Einflusses von „oben“ aus dem Arbeitsfelde der breiten Masse die notwendigen Staats- und Kommunalsteuern zu decken, muß ebenso radikal beseitigt werden wie die Steuerprivilegien der Staats-, Kommunal usw. Beamten oder sonstiger Personen. Auch jeder Soldat soll seinen Beitrag leisten. Ist er auch noch so gering. In den letzten Jahren wurde bei den Löhnungen eines Garderegiments jedem Soldaten immer ein Pfennig abgezogen zur Ansammlung der Vermögenssteuer einer Prinzessin. Es liegt also auch hier kein Grund vor, eine Ausnahme zu machen. Die Löhnung kann ja dementsprechend erhöht werden (soll das wirklich mit zur Beweisklärung für die Notwendigkeit einer Steuerkorrektur gehören? Zumal, wenn auch sonst nicht alles überzeugungslos ist? Red.), dafür sollten aber in Abschied geschickte Staatsbeamte, die alle noch arbeits- und erwerbsfähig sind, statt mit Pensionen mit „wohlverdienten“ Orden bedacht werden. Der Arbeiter muß sich ja vielmals ärztlicher Untersuchung unterwerfen, ehe er eine milliliter eigene Geld erworbenen Pension oder Rente ausbezahlt erhält, und dann muß er, wenn es ihm noch so schwer fällt, will er nicht an Antorknährung eingehen, immer noch nach Verdienstmöglichkeiten suchen. Der noch nicht 65 Jahre alte arbeits- und erwerbsfähige Staats- oder sonstige Beamte darf fernerhin nicht mehr auf Kosten der breiten Masse ein Leben in Ruhe führen.

Man vergleiche die Ausgaben bei einem Einkommen von 3000 und 30000 Mk. und lege dabei eine Familie von einem Ehepaar mit zwei Kindern zugrunde. Die Ernährungsverhältnisse und Ernährungsbedürfnisse sind bei beiden gleich. Die Wohnungsverhältnisse müßten es auch sein, auch der Bedarf an Kleidung und Wäsche. Bei einem Einkommen von 3000 Mk. empfindet man die Zwangsabgabe für Krankenkasse und Altersversicherung als drückende Last, aber es bleibt doch die einzige Verlorenung für das Alter. Bei 30000 Mk. Einkommen hingegen kann man 10000 Mk. mindestens als Altersreserve beiseitelegen, für bessere Wohnungsverhältnisse und Nahrungsmittel mehr ausgeben und auch den unbeschäftigten Kindern bessere Schulbildung geben, die wiederum die Stufe für höhere Einkommen und weniger Arbeitsleistung ist. Als ganz wesentliches Motiv bei höheren Einkommen ist noch in schärfste Beachtung zu geben, daß diese nicht so

genau wie die Arbeitsverdienste nachgewiesen und in Summen der Besteuerung entzogen werden. Geschäftstreiben und Reisepflichten sowie sonstige Handlungskosten decken so viele Anschaffungen, die der Arbeiter nur unter schwersten Entbehrungen bei voller Besteuerung machen kann.

Als Norm zu der Staatseinkommensteuer muß man 250 Proz. Zuschlag der Kommune rechnen. Für jedes Kind bis zu 16 Jahren muß in allen Steuerfulen eine Ermäßigung um je eine Stufe stattfinden, aber nur von der Kommunalabgabe.

Das wären nur kurze Umrisse als Anfangsstufe zur Gesundung untrer ganzen Lebenslage. Die Gewerkschaften dürfen sich hier ein schönes Denkmal schaffen, wenn sie ruhig und bedacht diese Angelegenheit gefeherlich herausarbeiten.

Kaffowitz. P. M.

Vorschlag zur Änderung Mark	Einkommen Mark	Steuerfuß Mark	Prozentzuschlag	Prozentbetrag Mark	Gesamtkaufsteuer Mark	Kommunalschlag mit 250 Prozent Mark	Zinsen zur Lebenshaltung Mark
0,50	900 bis 1050	6	—	—	6,—	22,50	1027,50
1,—	1050 " 1200	9	—	—	9,—	33,75	1166,25
1,50	1200 " 1350	12	5	—,60	12,60	45,60	1304,40
2,00	1350 " 1500	16	5	—,80	16,80	60,80	1439,20
2,50	1500 " 1650	21	5	1,—	22,—	79,75	1570,25
3,—	1650 " 1800	26	5	1,20	27,20	98,70	1701,30
3,50	1800 " 2100	31	5	1,40	32,40	117,65	1982,35
4,—	2100 " 2400	36	5	1,80	37,80	136,80	2263,20
4,50	2400 " 2700	44	8	3,40	47,40	168,40	2531,60
5,—	2700 " 3000	52	8	4,—	56,—	199,—	2801,—
6,—	3000 " 3300	60	12	7,20	67,20	232,20	3067,80
7,—	3300 " 3600	70	12	8,40	78,40	270,90	3329,10
8,—	3600 " 3900	80	12	9,60	89,60	309,60	3590,40
9,—	3900 " 4200	92	16	14,60	106,60	359,60	3840,40
10,—	4200 " 4500	104	16	16,60	120,60	406,60	4093,40
12,—	4500 " 5000	118	16	18,80	136,80	461,30	4538,70
14,—	5000 " 5500	132	20	26,40	158,40	521,40	4978,60
18,—	5500 " 6000	146	20	29,20	175,20	576,70	5423,30
18,—	6000 " 6500	160	20	32,—	192,—	632,—	5868,—
20,—	6500 " 7000	176	25	44,—	220,—	724,—	6276,—
30,—	7000 " 7500	192	25	48,—	240,—	768,—	6732,—
40,—	7500 " 8000	212	25	53,—	265,—	848,—	7152,—
50,—	8000 " 8500	232	30	69,60	301,60	937,60	7563,40
60,—	8500 " 9000	252	30	75,60	327,60	1020,60	7979,40
70,—	9000 " 9500	276	30	82,80	358,80	1117,80	8382,20
80,—	9500 " 10000	300	35	105,—	405,—	1230,—	8727,—
90,—	10000 " 11500	330	35	115,40	445,40	1352,90	9147,10
100,—	11500 " 12500	360	35	126,—	496,—	1476,—	9524,—
120,—	12500 " 13500	390	40	156,—	546,—	1618,50	9881,50
140,—	13500 " 14500	420	40	168,—	588,—	1743,—	10217,50
160,—	14500 " 15500	450	40	180,—	630,—	1867,50	10532,50
180,—	15500 " 16500	480	45	216,—	696,—	2016,—	10848,—
200,—	16500 " 17500	510	45	229,40	739,40	2149,40	11155,40
240,—	17500 " 18500	540	45	243,—	783,—	2268,—	11433,—
280,—	18500 " 19500	570	50	285,—	855,—	2422,50	11707,50
320,—	19500 " 20500	600	50	300,—	900,—	2550,—	11950,—
360,—	20500 " 21500	630	50	315,—	945,—	2677,50	12182,50
400,—	21500 " 22500	660	55	363,—	1023,—	2838,—	12462,—
440,—	22500 " 23500	690	55	379,40	1066,40	2966,90	12719,10
480,—	23500 " 24500	720	55	396,—	1116,—	3096,—	12960,—
520,—	24500 " 25500	750	60	450,—	1200,—	3262,50	13223,50
560,—	25500 " 26500	780	60	468,—	1248,—	3393,—	13470,—
600,—	26500 " 27500	810	60	486,—	1296,—	3523,50	13707,50
640,—	27500 " 28500	840	65	546,—	1386,—	3696,—	13944,—
680,—	28500 " 29500	870	65	565,40	1435,40	3827,90	14167,10
720,—	29500 " 30500	900	65	585,—	1485,—	4010,—	14376,—
760,—	30500 " 32000	960	70	672,—	1632,—	4272,—	14628,—
800,—	32000 " 34000	1040	70	728,—	1768,—	4628,—	14892,—
840,—	34000 " 36000	1120	70	784,—	1904,—	4984,—	15116,—
880,—	36000 " 38000	1200	70	840,—	2040,—	5340,—	15306,—
920,—	38000 " 40000	1280	70	896,—	2176,—	5696,—	15472,—
960,—	40000 " 42000	1360	70	952,—	2312,—	6052,—	15618,—
1000,—	42000 " 44000	1440	70	1008,—	2448,—	6408,—	15748,—
1040,—	44000 " 46000	1520	70	1064,—	2584,—	6764,—	15866,—
1080,—	46000 " 48000	1600	70	1120,—	2720,—	7120,—	15974,—
1120,—	48000 " 50000	1680	75	1260,—	2940,—	7560,—	16074,—
1160,—	50000 " 52000	1760	75	1320,—	3080,—	7920,—	16166,—
1200,—	52000 " 54000	1840	75	1380,—	3220,—	8280,—	16250,—
1240,—	54000 " 56000	1920	75	1440,—	3360,—	8640,—	16326,—
1280,—	56000 " 58000	2000	75	1500,—	3500,—	9000,—	16396,—
1320,—	58000 " 60000	2080	75	1560,—	3640,—	9360,—	16460,—

des Steuerfußes Drogenis bleiben unverändert

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. Am 5. Oktober 1918 beging die Firma Alfred Unger, Spandauer Straße 22, das fünfzigjährige Geschäftsjubiläum. Aus diesem Anlaß spendete die Firma die Summe von 10000 Mk., die den Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen und den Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen zufließt wurde. Jeder Mitarbeiter erhielt einen vollen Wochensobn mit Steuerzulagen zugewandt, je nach Dauer der Geschäftszugehörigkeit, auch erheblich darüber. Der Tag wurde bei Arbeitsruhe durch gemeinsame Feiern am Morgen und Abend begangen.

R. St. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenleherverein.) Nachdem in der Versammlung vom 6. Oktober der Bericht über den Jahreslauf der Vereinsarbeiten genehmigt, unsere Einnahmen und die eingegangenen Beiträge bekanntgegeben waren, ersuchte Kollege Braun, ihm jede Adressenveränderung anzudeuten, um die Geschäftsführung nicht unnötig zu erschweren, und zeigte unter großer Beifall

heit an einem kurzen Beispiele die vollständige Selbstlosigkeit der Senur. Die Bekanntgabe einiger Schiedsgerichtsurteile mit den nötigen Schlussfolgerungen bildete den Inhalt der Vereinsmitteilungen. Kollege Ehrlich machte sodann im Auftrage der Zentralkommission einige Ausführungen über die von dem Verbande der Typographischen Gesellschaften gewünschte Verschmelzung der „Technischen Mitteilungen“ der Spartenvereine. Die Bewegung, die von den Freunden der Verschmelzung im ganzen Reich eingeleitet wird, wulnige auch die Zentralkommission, sich mit dieser Frage näher zu befassen. Die Zentralkommission der Maschinenlehler sei der Ansicht, daß es, bei aller Würdigung der Bildungsbefrebungen und der Verdienste des Verbandes der Typographischen Gesellschaften um dieselben, nicht Aufgabe der Zentralkommission sein könne, diese Verschmelzungsbestrebungen zu befürworten. Ihre Aufgabe könne es nur sein, die „Technischen Mitteilungen“ auszubauen und der Sparte zu erhalten in voller Selbstständigkeit. Die von den Maschinenlehern aus eigener Kraft geschaffenen „Technischen Mitteilungen“ erforderten viel Liebe und große Mühe. Die Zentralkommission erachte es im Gegenteil für ihre Pflicht,

die „Technischen Mitteilungen“ auszubauen im Interesse der Spartenkollegen. Die Entscheidung über die Verschmelzungfrage siehe jedoch nur einem Maschinenkongress zu. Das interessante, umfangreiche Material unserer letzten Statistik kann wegen Raummangels nicht veröffentlicht werden. Am 20. Oktober Befichtigung des Berliner Raubbaus. Fünf Neuaufnahmen. Nächste Versammlung 3. November. Die Teilnahme am „Technischen“ war sehr reg.

Dresden. (Schriftgießer.) In unserer letzten Mitgliederversammlung im September wurde zu dem bisher gewährten Feuerungszulage Stellung genommen. Es kam zum Ausdruck, daß bei der fortschreitenden Feuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel mit der bisher gewährten 40prozentigen Zulage nicht mehr auszukommen sei, und wurde eine weitere Erhöhung um 20 Proz. gefordert. Auf Vorstellwerden beim Chef der Firma Dr. Butter wurde unser Ansuchen auch entsprochen. Die bisher gewährte Zulage ist also auf 60 Proz. des Verdienstes erhöht; auch den Arbeiterinnen wurde eine Erhöhung der Zulage von 3 Mk. wöchentlich zuteil. Diese Vereinbarungen gelten ab 7. Oktober.

Kolberg. Der Buchdruckermeister Mewes in Rugenwalde hat in seinem Blättchen auch den in Nr. 111 wegen seines reklamehaften Zustimmes entsprechend kritisierten Berliner Lehrlingswerbberuf gebracht. Die darin verheißenen dauernden Stellen sind er aber gleich selbst in Frage durch ein in derselben Nummer erscheinendes Geschw. von weiblichen Erbschaften. Herr Mewes hat dazu ebenfalls Genehmigung nachgeschickt wie zu der geringeren Feuerungszulage für Orte unter 6000 Einwohner. Wenn seine Tochter auch das Szepter in der Druckerei schwingt, so haben wir uns doch an ihn zu halten und erklären hiermit, daß auch in Hinterpommern Ordnung in der Gewerbe zu herrschen hat, was ihm wohl bald zum Bewußtsein kommen wird.

Würzburg. Die Mitgliederversammlung vom 5. Oktober ernannte Kollege Schumacher mit der Begründung der anwesenden Militärurlaub; das Andenken der drei verstorbenen Kollegen, teils direkte, teils indirekte Opfer des Krieges, wurde in üblicher Weise gelehrt und eine Aufnahme befürwortend an den Gewerkschaftsrat überwiesen. Aus den Mitteilungen des Vorstandes ist zu berichten, daß die Druckerei „Mimosa“ (Familienheim) durch Kauf an Herrn Druckereibesitzer Reinhold Pfeiffer übergang und vorläufig unverändert weitergeführt wird. Im Interesse der Lehrlingsausbildung wurde der Standpunkt von 1913 verlassen und die hiesige Fachschulkommission wiederum mit drei Gelehrten ernannt. Dem vom Kollegen Schumacher gegebenen Kartellbericht entnehmen wir, daß mit dem 1. Januar 1919 der Beitrag zur Ortskrankenkasse in der uns betreffenden Klasse von 2,16 Mk. auf 2,40 Mk. und das Krankengeld von 4 Mk. auf 4,40 Mk. (täglich) erhöht werden. Gleichfalls wurde scharfe Kritik an der Unzulänglichkeit der Ortskrankenkasse geübt. Zur Erhebung der Subskription für fünfjährige Verbandsangehörigkeit soll in Zukunft anstatt der bisher üblichen Diplome eine Urkunde in kleinerem Umfang überreicht werden. — Erwähnt soll noch werden, daß am 31. August die hiesige Mitgliedschaft zu Ehren ihres Scheidenden, seit 21 Jahren den Vorfall innegehabten Kollegen Hans Semmerich einen Familienabend veranstaltete. Ehrende und dankende Worte des Kollegen Schumacher namens der Mitgliedschaft, des Kollegen Scharpenack im Auftrag des Kollegenvereins, des Kollegen Grimm als Schriftleiter der „Würzburger Neuesten Nachrichten“ und zuletzt des Arbeiterslehrlings Fritz Endres als Vorsitzender des hiesigen Gewerkschaftskartells bewiesen die Beliebtheit unseres nunmehrigen Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins. Sinnige Geschenke wurden überreicht. Der Kollegenverein und das Doppelquartier fragen wie immer zur Vereinfachung der Veranstaltung wesentlich bei. Wir sprechen dem Kollegen Semmerich an dieser Stelle nochmals herzlichsten Dank für seine selbstlose Betätigung als Organisationsleiter aus und wünschen ihm gleiche Erfolge im neuen Amt!

Richtigstellung.

Aus Mannheim befindet sich in Nr. 116 ein Verbandsmitglied. In dem Referat des Landtagsabgeordneten Arbeiterslehrlings Biffinger über die Wohnungsnot in Mannheim und ihre Behebung heißt es: „... hieß es Referent für empfehlenswert, daß die am Schluß des Krieges ihre aktive Dienstzeit leistende Mannschaft nicht ausschließlich zu militärischen Übungen verwendet werde, sondern, soweit die Facharbeiter in Frage kommen, sie bei militärischer Entlohnung zum Bau von Arbeiterwohnhäusern verwendet werden.“ Die hervorgehobene Stelle erschien uns bedenklich, da doch von zivilisierter Entlohnung auch in diesem Zusammenhang nur gesprochen werden kann. Der Umstand, daß dem Referenten in diesem Punkte nicht entgegengetreten wurde, wußte aber in dem Berichte rechtlicher Beifall für den Referenten vermerkt wird, sich uns annehmen, daß hier ein Schriftleiter des Schriftführers vorliegen müsse; deshalb wurde von uns „bei militärischer Entlohnung“ gestrichelt. Der Mannheimer Schriftführer beschwert sich nun über diese Streichung, allerdings mit Schlußsätzen, die danach klingen. Die Darlegung im vorliegenden Blättchen ist eine deutliche Beurteilung des Referentenstandpunktes in bezug auf die Art der Entlohnung. So kommt zum Ausdruck, was bereits in der Versammlung hätte geschehen müssen.

Die Redaktion.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Sitze. Von den im Felde tühnenden Mitgliedern unserer Organisation erbielten die Kollegen Joseph Gottlieb und Heinrich Schwarz (Mains) als hundertfiebzigstes und hundertachtzigstes das Eiserne Kreuz I. Klasse. Ferner erbielten die Auszeichnung I. Klasse: Sultus Bode und Alfred Pawelack (Berlin), Karl Schmidt (Burg b. M.), William Käse (Danzig), Wilhelm Marx (Dessau), Oskar Lange (Hagen), Fritz Grünhaufer und Johann Grünhaufer (Mains), Fritz Sildner (Quedlinburg), Alexander Herrmann und Gottfried Sedler (Schönaa a. S.) sowie Alfred Trmer (Striegau). 6397 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

Nachahmungsweite Beipiele. Nachdem der „Dortmunder Generalanzeiger“ in Dortmund die im August fällige Feuerungszulage bereits im Juli zur Auszahlung brachte, überreichte er seinem verheirateten Personal jetzt die Summe von je 50 Mk. mit dem Bemerkten, daß zu Weihnachten eine Summe in gleicher Höhe zur Auszahlung kommen solle. — Recht ansehnliche Beträge als außerordentliche Feuerungszulage brachte die Firma Gustav Busch („Sagener Zeitung“) in Hagen i. W. zur Verteilung. Es erhielten: jeder verheiratete Gehilfe und Hilfsarbeiter 100 Mk., jeder ledige 50 Mk., die Arbeiterinnen je 30 Mk. und jeder Lehrling 20 Mk.

Erhöhung der Vergütungen für amtliche Bekanntmachungen. Der Magistrat zu Erfurt hat die Vierteljahrspauschallumme, welche der „Tribüne“ bisher in Höhe von 137,50 Mk. gewährt wurde, ab 1. Oktober auf 200 Mk. erhöht. — In Heidenheim entsprach der Gemeinderat einem Ersuchen der Zeitungsverleger, indem er die Pauschallumme abschnitt und die hiesigen Bekanntmachungen seit dem 1. Oktober nach dem Zellenpreise bezahlte.

Einschränkung des Strafenverkaufs der Zeitungen. Im weiteren Verfolge dieser in Nr. 120 des „Korr.“ behandelten Angelegenheit ist zu berichten, daß der Protest des Münchener Magistrats Erfolg gehabt hat insofern, als die Anordnung der Polizeidirektion auf Weisung des Ministeriums nicht vollzogen wurde. Bismehr ist eine Neuregelung in der Weise durchgeführt worden, daß den Zeitungsverlegern feste Standplätze angewiesen werden.

Scheidendruckerei für Lebensmittelkarten. In Straßburg i. E. wurde seitens der Polizei in dem Keller eines Kolonialwarengeschäfts eine geheime Druckerei entdeckt, welche sich mit der Herstellung von Lebensmittelkarten, namentlich Zuckerkarten befaßte. Eine Anzahl von Personen ist bereits verhaftet, darunter auch ein verheirateter Schriftleiter, welcher nach Feierabend in diesem Kunsttempel munter.

Handel mit gefälschten und gestohlenen Zuckerkarten. In Berlin wurde vor längerer Zeit ein Schriftleiter festgenommen, als er im Begriffe stand, gefälschte Zuckerkarten zu verkaufen. Es handelte sich um Fälschungen, die schon wiederholt vorgekommen waren und die den Namen „Känguruhkarten“ erhalten hatten, weil der in der Mitte der Karten ausgedruckte Berliner Bär mehr Ähnlichkeit mit einem Känguruh als mit einem Bären hatte. Das Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin verurteilte den Angeklagten wegen Fälschung öffentlicher Urkunden unter Subtilisierung mildernder Umstände zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von neun Monaten der Untersuchungshaft. — Ein Buchdruckerlehrling im Alter von 17 Jahren hatte in seiner Lehrdruckerei in Breslau mehrere Bogen mit etwa 1200 Stück Zuckermarken gestohlen. Er verkaufte 1000 Stück davon an einen Bekannten, der sie wieder weitergab. Nach und nach war eine Anzahl Personen, darunter außer dem 17jährigen Buchdruckerlehrling ein 17jähriger Expedient, in die Sache verwickelt worden, welche sich wegen Diebstahls und Hehlerei vor der Strafkammer in Breslau zu verantworten hatten. Die beiden jugendlichen Angeklagten wurden zu einem bzw. zwei Monaten Gefängnis mit Aussicht auf Begnadigung verurteilt. Ein dritter erhielt fünf Monate Gefängnis, ein vierter konnte nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Alles für die leibliche Nahrung — nichts für die geistige. Gern zähle man für ein Pfund Speck unter den gegenwärtigen Verhältnissen 10, 12 Mk. und noch mehr; für ein Pfund markentreies Brot das Nichts bis Sechsfache des Friedenspreises. Für ein gutes Buch haben jedoch viele Leute nichts übrig, andre möchten es zum alten Preise, wenn möglich noch billiger, kaufen. Eine hübsche Satire auf diese Zustände ist in folgendem Gespräch zu finden: „Ich habe mir gestern ein Buch gekauft, d. h. nicht für mich, für meinen Sohn im Feld, aber ich habe es vorher erst gelesen — ich selbst kaufe mir prinzipiell keine Bücher, ich lasse sie mir —, also, was glauben Sie, was der Band gekostet hat? Friedenspreis 5 Mk. — „Na?“ — „8 Mk. 50 Pf.“ Das ist doch unerhört, was? Aber die Hälfte mehr, und dabei ist das Buch dünner als früher und schlechter gedruckt und ... na, überhaupt!“ — „Ja, ja ... überhaupt!“ — Sagen Sie mal, was haben Sie denn da für ein Paket unter dem Arm?“ — „Das? Das ist ... ein Pfund Butter!“ — „Oh!“ — was haben Sie denn dafür gegeben? Das Doppelte vom Höchstpreis oder noch mehr?“ — „Was, Höchstpreis, der ist doch 2 Mk. 40 Pf.!? 20 Mk. habe ich bezahlt! Ja, das ist doch selbstverständlich! Was glauben Sie denn, mein Lieber, es ist doch Krieg!“ — „So, so!“

Zum Jahresabschluss in Schriftgießergewerbe. Die Versammlungen im Schriftgießergewerbe, welche in den letzten Jahren stattfanden (wir haben diese Vorgänge

keits registriert, in diesem Jahre brachten wir in Nr. 37, 78 und 93 des „Korr.“ diesbezügliche Notizen unter „Rundschau“), haben in Buchdruckerkreisen Bedenken aufkommen lassen insofern, als man eine unangemessene Preissteigerung sowie ein allmähliches Nachlassen der Neubelebung durch die Konzentration befürchtete. Diesen Befürchtungen tritt der Direktor der S. Verthold Messinglinienfabrik und Schriftgießerei H.-G., Dr. Oskar Solles, in einem Artikel in der „Zeitschrift“ entgegen. Er meint, es könne gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Zahl der Schriftgießereien in Deutschland, welche sich bei Kriegsausbruch auf etwa 30 belief, zu groß war. Es habe sich ein Wettbewerb in der übermäßigen Schöpfung von Neubelebung herausgebildet, an welchem die Buchdruckerinnen allerdings einen Teil der Schuld tragen, denn die Gießereien wurden durch die fortgesetzte Frage nach Neubelebung förmlich gezwungen, mehr Neues zu schaffen, als notwendig war. Zum Beweise für seine Behauptungen führt der Verfasser des Artikels die Tatsache an, daß viele große Buchdruckerereien früher, um einen Zwang auf die Gießereien auszuüben, Modellschriften aus Frankreich und Amerika bezogen. Die Frage, ob die Neubelebung in Zukunft nachlassen werde, beantwortet Dr. Solles wie folgt: Der Zusammenbruch könne nur wohlwollig wirken, denn wenn z. B. sechs Gießereien bisher zusammen acht bis zwölf Neubelebung im Jahre herausbringen mußten, um nicht das Vertrauen der Rundschau zu verlieren, so würde eine Vereinnung dieser Gießereien höchstens drei bis vier Neubelebung in derselben Zeit zu bringen brauchen. Das sei auch für die Druckereien eine starke Entlastung, denn vielfach würden kostspielige Neuanstellungen gemacht werden, nur um hinter der Konkurrenz nicht zurückzubleiben. Dann kommt der Verfasser auf einen Mißstand zu sprechen, dessen Beseitigung nicht nur jedem Prinzipal, sondern auch jedem eingetragenen mit Schriftgießereizugnissen vertrauten Gehilfen am Herzen liegt. Es heißt in dem Artikel: „Der Vorwurf, daß die Musterbücher der deutschen Schriftgießereien sich in einem großen Maße der Erzeugnisse außerordentlich ähnlich seien, ist mit Recht erhoben worden. Von bestimmten Fraktur- oder Medialdruckschriften gibt es 10 oder 20 Abarten, die sich nur durch verhältnismäßig geringe Abweichungen unterscheiden.“ Die Bedenken einer übermäßigen Preissteigerung der Schriftgießereizugnisse durch die Konzentration sucht Dr. Solles dadurch zu zerstreuen, daß die Gießereien im eigenen Interesse auf Absatz bedacht sein und jede Verkümmung in ihrer Rundschau vermeiden müßten. Die Preise der Schriftgießereizugnisse seien vor der Gründung des Vereins Deutscher Schriftgießereien durch einen ungesunden Wettbewerb außerordentlich gedrückt gewesen; die Preispolitik des genannten Vereins habe in dieser Hinsicht beßernd gewirkt, sie sei jedoch stets durchaus maßvoll gewesen, und die durch den Krieg bedingten Feuerungszulagen hätten sich im Rahmen der Allgemeinverwertung gehalten. Schließlich geht der Verfasser auf die besonderen Leiden des Schriftgießereizugwerbes ein und betont, daß es im eigenen Interesse der Buchdruckerereien liege, wenn die deutsche Schriftgießerei lebensfähig erhalten würde.

Eine neueerspaltung. Angeblich in Abereinstimmung mit der Gruppe der Internationalen Sozialisten Deutschlands und den Bremer Linksradikalen hat sich eine neue sozialistische Partei unter dem Namen „Kommunistische Partei Deutschlands“ gebildet. Sie wendet sich vor allem gegen die Unabhängigen, die nach ihrer Meinung kein Haar besser sind als die sogenannte Scheidemannpartei. In einem Manifest glauben dieseerspaltung hervorzubringen zu müssen, es handle sich darum, alle den Idealen der Sozialdemokratie Treugebliebenen zu einer neuen Gruppe zusammenzufassen. Ein größeres Verdienst hätten sich die Gründer dieser neuen politischen Organisation zweifellos erworben, wenn sie für die Vereinnung der gesamten Arbeitererschaft eingetreten wären.

Verschiedene Eingänge.

„Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenfabriker Deutschlands, Jahrgang 1918, Nr. 145. Aus dem Inhalte: Die Behandlung der Rindfleischmehl; über das Siedenbleiben der Jellen; falsche und richtige Behandlung des Spänehautes am Monatsplaster. Preis der Nummer 25 Pf. Zu beziehen von Ferdinand Heidefeld, Charlottenburg 1, Köpenicker-Damm 12.

„Die Getreidekennern.“ Die Volksgesundheit und das erste Bekannte. Vortrag von Ernst Mehlisch. Preis 50 Pf. Verlag Deutscher Arbeitervereinsbund, Gau 8, Eberfeld.

„Die Woche.“ Sozialistische Halbmonatschrift. Herausgegeben von Parvus. Ann. 20-26. 4. Jahrgang, 1. Band. Preis jeder Nummer 60 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.

Briefkasten.

W. B. in A.: Sie und andre Schriftführer tun gut, die erste Rundschauung in der Nummer vom 1. Oktober noch einmal genau zu lesen. Aus dem Inhalt der letzten Nummer sind nicht einmal vier Seiten pro Nummer zur Verfügung. Daß die zweiwöchentlichen Ausgaben nicht so in die Erscheinung treten wie im vorhergehenden Briefkasten, liegt an der der uns diesmal eher möglichen gleichmäßigen Verteilung und auch an dem Ausfall von drei Nummern, bedingt durch Feiertage. Wenn nun die Schriftführerkollegen ihre Raumansprüche schon wieder festlegen, die arbeitsenden Kollegen uns aber bestimmen, doch endlich mit der lange versprochenen Aufnahme ihrer Arbeiten ernst zu machen, die Redaktion obendrein auch nicht weiß, wie sie den Zeitbedürfnissen noch mehr entsprechen soll, dann kann es eben nichts anderes geben für einen jeden einzelnen, als sich weiter in Klage und Geduld zu üben. Es ist sonst schlicht unmöglich, durchzuhalten. — Fr. Z. in G.: Am 16. 10. eingegangen; einen Tag später, wäre es diesmal noch in der Auslandsdruckerei angekommen. Sämtliche Auslandsrespondenten sollten ihre Einsendungen jetzt beträchtlich früher zur Post geben, damit ihr Eintreffen möglichst zu erwarten ist. — G. C. in W.: Ihr am 12. 10. zwischen 12-1 Uhr dort angekommenen Brief ist erst am 15. 10. nachmittags gegen 4 Uhr in unsere Hände gelangt. Er hat also sehr lange gebraucht und konnte leider nicht mehr für die vorige Nummer Verwendung finden. — H. C. in W.: Rückmeldung dänisch erhalten. — G. W. in A.: Es ist nicht angegeben, wie oft schon erklärt worden ist, daß von fünfundsiebzigjährigen Geschäftsleuten bei einer Firma keine Zeit genommen werden kann. — S. M. 2,

